

Anfrage öffentlich	Datum 08.12.2022	Nummer F0321/22
Absender Stadträtin Nadja Lösch Fraktion DIE LINKE		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 08.12.2022	

Kurztitel Beschäftigungssituation von Arbeitnehmenden durch die Landeshauptstadt Magdeburg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

als Arbeitsgeberin ist die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß dem Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge verpflichtet, den Mitarbeitenden Teilzeitvereinbarungen und gute Arbeitsbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen respektive sollte sie bei Zweiterem dazu bestrebt sein.

Als moderne, mitarbeitendenfreundliche Arbeitgeberin ist das Reduzieren von Arbeitsstunden nach den Bedürfnissen und individuellen Situationen der Mitarbeitenden wichtig bzw. die Anwendung arbeitnehmendenorientierter Arbeitszeitmodelle, bedarf jedoch einer gut geplanten Organisations - und Personalentwicklung.

Ich frage daher:

1. Wie gestaltet sich das Verhältnis von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten je Dezernat und Amt seit 2018 und pro Jahr? Bitte aufschlüsseln nach Beamt:innen, tariflichen Beschäftigten sowie aufgeschlüsselt nach Geschlecht.
2. Wie viele Anträge auf Teilzeitbeschäftigung wurden seit 2018 je Dezernat und Amt jeweils gestellt? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Bewilligungen und Ablehnungen eben dieser? Bitte aufschlüsseln nach entsprechenden Stundenvolumen, Auslastung der Vollzeitäquivalente je Dezernat und Amt sowie nach o.g. Kriterien.
3. Welche Gründe wurden beziehungsweise auf Frage 2 seitens der Landeshauptstadt im Falle der Ablehnung von Anträgen auf Teilzeitbeschäftigung angeführt?
4. Wie verfährt die Landeshauptstadt, um einer durch Stundenreduktion möglicherweise steigenden Arbeitslast je beschäftigter Person zu begegnen? Inwiefern schlägt sich dies ggf. in die entsprechenden Stellenpläne der einzelnen Dezernate und Ämter jeweils nieder bzw. wie hat sich dies seit 2018 entsprechend ausgewirkt?
5. Dem Bericht für Personal- und Organisationsmanagement 2019-2022 der Landeshauptstadt Magdeburg ist zu entnehmen, dass generell mehr Frauen als Männer in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen tätig sind, sich dies als gesamtgesellschaftliches Phänomen nachweisen lässt und man dem Trend anderer Ämter dabei folge (vgl. ebd.: 67).
 - a. Welche Bestrebungen werden seitens der Landeshauptstadt Magdeburg unternommen, den ebenda beschriebenen Rollenbildern mit Blick auf eine Stärkung von Chancengerechtigkeit und -gleichheit entgegenzutreten? Welche Maßnahmen werden dazu bereits durchgeführt? Wenn dies nicht der Fall ist, warum?
 - b. Wie plant die Landeshauptstadt sowohl als Arbeitgeberin als auch als Vorbild für andere in der Stadt ansässige Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig zu agieren, um diesen augenscheinlichen Rollenbildern entgegenzutreten?

Welche Maßnahmen werden dazu geplant? Wenn dies nicht der Fall ist, warum?

6. Wie hat sich die Inanspruchnahme von Telearbeit oder Homeoffice-Möglichkeiten im Jahr 2022 entwickelt?
 - a. Inwiefern konnten technische Endgeräte zur Arbeit für die Beschäftigten in welchem Umfang angeschafft werden?
 - b. Welche Rückmeldung liegt der Landeshauptstadt seitens der Arbeitnehmenden vor, inwiefern die Arbeit mit diesen Endgeräten als 'praktikabel' o.ä. beurteilt wird?
 - c. In welchen Kommunikations-/Evaluations- oder Dialogprozessen befindet sich die Landeshauptstadt als Arbeitgeberin mit den Arbeitnehmenden zur Beurteilung der o.g. Arbeitsmodelle? Wenn dies nicht der Fall ist, warum?
7. In wie vielen Fällen wurde seit 2018 die vorübergehende Übertragung höherwertiger Tätigkeiten gemäß § 17 Abs. 4 Sätze 1 -3 TVöD mit einer Zulage bei wie vielen Beschäftigten je Dezernat und Amt wahrgenommen (wenn Voraussetzungen nach § 14 Abs. 1 TVöD erreicht wurden)? Wie hoch bemessen sich die jeweiligen Zulagen-Zahlungen je Dezernat und Amt seit 2018 entsprechend? Bitte aufschlüsseln.
8. Welche Angebote und Möglichkeiten werden seitens der Landeshauptstadt geschaffen, um für die Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Familienplanung zu ermöglichen?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Nadja Lösch
Stadträtin